

Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 25. August 2003 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Hans Telli		
Protokollführer:	Adriano Jenal		
Präsenz:	anwesend 120 Mitglieder		
	entschuldigt: --		
Stellvertretungen:	Toschini Andrea	für	Zarro Andrea †
	Martschitsch Beat	für	Brüesch Andrea
	Florin-Caluori Elita	für	Wettstein Peter
	Caviezel-Seglias Gitta	für	Brunold Andreas
	Campell Duri	für	Biancotti Marco
	Valär Simi	für	Christ Vroni
	Vetsch Walter	für	Bär Werner
	Capeder Marco	für	Quinter Franco
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr		

1. Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushaltes (Botschaft Heft Nr. 2/2003-2004) (Fortsetzung)

Kommissionssprecher: Geisseler
Regierungsvertreter: Lardi

II. Detailberatung

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement

A-Massnahme 22

Antrag Kommission und Regierung
Verzicht auf Massnahme.

Angenommen

A-Massnahme 23

Antrag Kommission und Regierung
Verzicht auf Massnahme.

Angenommen

Massnahme 332

Antrag Kommissionsmehrheit (10 Stimmen) und Regierung
Massvolle befristete Reduktion für die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern am Untergymnasium, am Gymnasium, an der DMS und an der HMS.

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecherin Bucher)

Wie Kommissionsmehrheit und Regierung, jedoch ohne Umsetzung in den Bereichen DMS und HMS.

Antrag Trepp zu Massnahme 332
Streichung der Massnahme

Abstimmung zum Streichungsantrag Trepp
Der Streichungsantrag Trepp wird mit 111 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zur Massnahme 332
Dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung wird mit 108 zu 9 Stimmen zugestimmt.

Auftrag Arquint betreffend Erstellung eines Berichts über die Folgen der Aufhebung des Untergymnasiums (Worlaut Juniprotokoll 2003, Seite 24)

Erstunterzeichner: Arquint
Regierungsvertreter: Lardi

I. Antrag der Regierung
Die Regierung ist bereit, den Auftrag im Sinne ihrer schriftlichen Ausführungen entgegen zu nehmen.

II. Beschluss
Der Auftrag Arquint wird mit 65 zu 0 Stimmen überwiesen.

A-Massnahmen 24 - 25

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Angenommen

A-Massnahme 26

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Antrag Zanolari zu Massnahme 26
Streichung der Massnahme.

Antrag Rizzi zu Massnahme 26
Art. 6a Abs. 3 der Teilrevision der Verordnung über die Besoldung der Volksschullehrkräfte und Kindergärtnerinnen im Kanton Graubünden wird wie folgt geändert:
Der Stichtag für die Altersentlastung wird von der Schulträgerschaft festgesetzt. Die Kosten für die Pensenreduktion können von der Schulträgerschaft übernommen werden.

Abstimmung zum Antrag Zanolari
Der Antrag Zanolari wird mit 51 zu 39 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag Rizzi
Der Antrag Rizzi wird mit 74 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Kommission und der Regierung wird angenommen.

A-Massnahme 27

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Angenommen

A-Massnahme 28

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Abänderungsantrag Schmid zu Massnahme 28

- a) Finanzbeschluss gemäss Massnahme A 28
- b) Kein Grundsatzentscheid über Abbruch der Pilotphase gemäss Botschaft A 28, Absatz zu der Massnahme
- c) Antrag auf Neuüberprüfung des Konzeptes im Jahre 2005, der Grundsatzentscheid soll dannzumal gefällt werden.

Abstimmung

Der Abänderungsantrag Schmid wird mit 58 zu 42 Massnahmen abgelehnt.

Der Antrag der Kommission und der Regierung wird angenommen.

A-Massnahme 29

Antrag Kommissionsmehrheit (11 Stimmen) und Regierung
Gemäss Botschaft.

Antrag Kommissionsminderheit (1 Stimme, Sprecherin Bucher)
Verzicht auf Massnahme.

Abstimmung

Dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung wird mit 56 zu 38 Stimmen zugestimmt.

A-Massnahme 30

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Angenommen

A-Massnahme 31

Antrag Kommission und Regierung
Umsetzung der Massnahme im Jahr 2005, d.h. ein Jahr früher.

Angenommen

A-Massnahmen 32 - 33

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft.

Angenommen

Schluss der Sitzung: 18.40 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

A U F T R A G**betreffend Lärmschutzmassnahmen im Churer Rheintal**

Die rigorosen Sparmassnahmen des Bundes für die Jahre 2004 — 2007 haben für den Nationalstrassenbau und für den Schienenverkehr schmerzhaft Folgen. Dies führt vor allem zu zeitlichen Verzögerungen bei Projekten, die sich erst in der Planungsphase befinden. Geplante Lärmsanierungen dürfen aber nicht zurückgestellt werden, ansonsten der Staat seine Glaubwürdigkeit im Bereich Umweltpolitik in Frage stellen würde. Zudem besteht hier eine gesetzliche Verpflichtung.

So haben die direkten Anwohner an der San Bernardinoroute, deren Lebensqualität in den letzten Jahren durch den Mehrverkehr von schweren Brummis (Lkw) geschmälert wurde, Anrecht auf Lärmschutzmassnahmen.

Nachdem die Verlegung der Nordspur der A 13 zwischen Chur und Zizers zur Südspur aus den genannten Spargründen in weite Ferne gerückt ist, wird die Regierung ersucht, alles zu unternehmen, dass in diesem Nationalstrassenbereich die notwendigen Lärmschutzwände bis ins Jahr 2006 erstellt werden. Die Finanzierung kann im Rahmen des Sparprogrammes sichergestellt werden, indem die Realisierungsprioritäten bei den Nationalstrassenprojekten GR neu festgelegt werden. Ebenso wird die Regierung gebeten, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden, damit die von der SBB im Jahr 2005 geplanten Lärmsanierungen an der Strecke Sargans — Chur nicht verzögert werden. Vor allem gilt es den Lärm der SBB-Stahlbrücken in Landquart zu dämpfen, welcher die Bevölkerung von Landquart und Mastrils von morgens früh bis abends spät plagt und nervt.

Dudli, Nigg, Geisseler, Beck, Bleiker, Büsser, Casty, Caviezel (Thusis), Conrad, Donatsch, Fleischhauer, Göpfert, Gredig-Hug, Hübscher, Janom Steiner, Jeker, Lemm, Möhr, Montalta, Parolini, Pedrini, Pfiffner, Portner, Ratti, Robustelli, Stiffler, Stoffel, Trachsel, Vetsch (Klosters), Zarn, Zindel, Caviezel (Chur), Campell

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Hans Telli

Der Protokollführer: Adriano Jenal